

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe oktober 2004



Herausgeber, V.i.S.d.P.

Harald Berzl
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Leipziger Straße 61
10117 Berlin
Tel./Fax: 030 - 208 24 19
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Ständige Autoren

Nils Augustin, Harald
Berzl, Violetta Hartmann,
Gaby Heise, Maren Jasper,
Kurt Lehner, Heiko Müller-
Nick, Sebastian Nowa-
kowski, Peter Pawlowski,
Christian Platzer, Martina
Rozok, Christoph Santl,
Henner Schmidt, Tim
Stuchtey, Sascha Tamm

Autoren dieser Ausgabe

Wolf-Dieter Hasenclever,
Ingo Kamps, Uta Kehr,
Franziska Löke, Christoph
Meyer, Antje Pieper

Leserbriefe

Frank Muschalle

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.liberalweb.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
ihres Autors wieder, nicht
die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe oktober 2004

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

nur kurz sei an dieser Stelle einmal mehr auf die Realsatire verwie-
sen, als welche die sporadischen Versuche einer politischen Ges-
taltung durch die Sozialdemokraten aller Couleur erscheint, von
grünen Gesetzen gegen technologischen Fortschritt und Wachs-
tum über die Degeneration einer guten Idee in Hartz IV auf dem
langen Weg durch Gremien und Parlamente bis zum Versuch ei-
ner sozialistischen Umsetzung im Bezirk Mitte – bis hin zur „ge-
sundheitspolitischen Programmatik“ der Union, wo praktischer-
weise gleich jede denkbare Position vertreten wird.

Gefragt sei vielmehr, wo wir Liberale uns selbst im Wege stehen,
es besser machen zu dürfen.

Zumindest in unserem Bezirks- und Landesverband mag fast
schon als Allgemeingut die Erkenntnis gelten, dass ein inhaltlich
beliebiger, kurzsichtiger Opportunismus, wie ihn etwa der Partei-
freund Rainer B. seit Jahr und Tag abschreckend vorexerziert, ein
Irrweg ist, welcher zuerst in die programmatische und anschlie-
ßend in die parlamentarische Bedeutungslosigkeit führt. Wir Ber-
liner weisen den liberalen Weg, exemplarisch sei nur das leider
noch immer aktuelle „Lindner-Papier“ ebenso genannt wie unser
Visionen-Papier „Berliner Freiheit“, welches den liberalen Kom-
pass an den Anfang unseres politischen Denkens und Handelns
setzt. Und gerade auch unser Bezirksverband kann vielfach auf
eine Attitüde wie auf eine Reihe von programmatischen und sons-
tigen Initiativen verweisen, welche den Liberalismus aus einem
Geist der intellektuellen Aufrichtigkeit und Konsequenz interpre-
tiert – diesen Weg sollten und werden wir weiter gehen.

Doch auch in der Form lauert manche Falle. Noch immer ist of-
fenbar nicht allen Parteifreunden klar, mit welcher desaströser Kraft
unsauberer Umgang mit Parteifinzen politische Bemühungen
zunichte machen kann. Dankenswert die Konsequenz, welche der
Landesvorstand unter Markus Löning hier zeigt.

Weiterer Punkt: Die Personalkonkurrenz in vielerlei Aspekten ist
notwendige und noble Aufgabe von Parteien im demokratischen
Staat. Verkommt diese aber zu einer die politische Energie auf-
fressenden Bekämpfung des „innerparteilichen Gegners“ mit al-
len Mitteln, gar zum böswilligen Diffamieren von missliebigen
Parteifreunden mit frei erfundenen Gerüchten, dann ist – abgese-
hen davon, dass letzteres auch abstoßend ist – der Misserfolg des
gemeinsamen politischen Anliegens gewiss. Gerade die Berliner
FDP weiß, dass ein Mindestmaß an menschlicher Qualifikation
Voraussetzung für die Bekleidung politischer Ämter sein sollte.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Lagebericht des Vorsitzenden

Es geht aufwärts für die Partei der Freiheit

von *Harald Berzl*

Wie Sie alle gemerkt haben, ist die politische Arbeit wieder in vollem Gange. Seit der letzten Ausgabe des Liberal Central fanden für die Liberalen wichtige Wahlen statt. Für uns am nächsten waren natürlich die Wahlen in Brandenburg. Leider haben es unsere Brandenburger Parteifreunde nicht geschafft, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen, doch konnten sie ihr Wahlergebnis deutlich verbessern, was dem Landesvorsitzenden Heinz Lanfermann (der übrigens mal Mitglied in Mitte war) und natürlich den vielen Helfern zu verdanken ist. Den Berliner Wahlunterstützern aus Mitte möchte ich auch noch einmal herzlich danken, dass der Bezirksverband in Brandenburg eine so gute Figur machen konnte.



Schlecht für Brandenburg allerdings: Die rot-schwarze Koalition wird fortgesetzt.

Die Wahl in Sachsen war für die Liberalen erfolgreich. Wir sitzen wieder im Landtag. Herzlichen Glückwunsch an den Landesvorsitzenden und Wahlsieger Holger Zastrow. Leider hat es zur Regierungsbeteiligung aufgrund der hohen Verluste der CDU nicht gereicht. Die CDU hat sich die SPD als Juniorpartner ins Boot geholt. Ein zukunftsweisendes Signal ist das nicht.

Auch die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen sind für die Liberalen gut verlaufen, wir konnten fast überall kräftig zulegen. Für das Vertrauen der Menschen in liberale Politik ist eine gute Präsenz auf der kommunalen Ebene enorm wichtig.

Was ich sehr bedauere ist der Einzug der DVU und der NPD in die Landtage von Potsdam und Dresden. Ich hoffe sehr, dass es sich dabei in erster Linie um Protestwähler handelt. Alle demokratischen Parteien sind aufgefordert, diese Entwicklung im Auge zu behalten.

Der Bezirksvorstand hat 27. September 2004 beschlossen, dass der Chefredakteur des Liberal Central künftig durch ein Redaktionsteam unterstützt wird. Das Redaktionsteam wird von den Ortsverbänden benannt. Auf diese Weise sollen die Ortsverbände stärker in die Arbeit des LC eingebunden werden.

Ich möchte an dieser Stelle noch auf den Stammtisch der FDP-Mitte aufmerksam machen. Der Stammtisch findet ab 19.30 Uhr am letzten Mittwoch im Monat im Gasthaus Löwenbräu, Leipziger Str. 65, 10117 Berlin (Mitte) statt. Ich würde mich freuen, Sie am Mittwoch, 27. Oktober 2004 um 19.30 Uhr dort wieder begrüßen zu können. Bringen Sie bitte auch interessierte Bekannte und Freunde mit, die sich mit Liberalen über Politik - aber nicht nur - unterhalten wollen.

Harald Berzl (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte

Nehmen wir an, dass in einem Land, das 30 Millionen Einwohner hat, unter dem einen oder anderen Vorwand vorgeschlagen wird, dass jeder Bürger einen Franc pro Jahr zahlen soll und dass der gesamte Betrag auf 30 Personen zu verteilen ist. Jeder Geber hat einen Franc pro Jahr abzugeben, jeder der Begünstigten erhält eine Million Franc pro Jahr. Die beiden Gruppen werden sich sehr stark in ihrer Reaktion auf diese Situation unterscheiden. Jene, die hoffen, eine Million pro Jahr zu erhalten, werden weder bei Tag noch bei Nacht untätig bleiben. Sie werden Zeitungen durch finanzielle Anreize zur Vertretung ihrer Interessen bewegen und sich die Unterstützung aller möglichen Kreise sichern. Eine diskrete Hand wird die Handfläche bedürftiger Abgeordneter wärmen, sogar die von Ministern der Regierung... Im Gegensatz dazu wird derjenige, der mit dem Verlust eines Francs pro Jahr bedroht ist, für so eine geringfügige Angelegenheit nicht auf ein Picknick auf dem Lande verzichten... Unter diesen Umständen steht das Ergebnis außer Zweifel: die Plünderer werden sich durchsetzen.

Vilfredo Pareto

Kommentar aus Mitte

Freiheit und kulturelle Identität

von Antje Pieper

Wie wichtig die mediale Kommunikation innerhalb Europas ist, zeigt Györgi Konrad, Ex-Präsident der Akademie der Künste, mit der Aussage auf, die "Melancholie des Scheiterns" sei ein verbreitetes Lebensgefühl im östlichen Europa. Neue mediale Brücken können diese inneren Schweigemauern aufbrechen und Plattformen des gegenseitigen Verständnisses aufbauen. Ein solcher gesamteuropäischer Dialog tut dringend Not, denn in West und Ost gibt es wechselseitig oft noch tief sitzende stereotype Vorstellungen bis hin zu handfesten Vorurteilen und Interessensgegensätzen.

Die schweren aktuellen Belastungen der deutsch-polnischen Beziehungen durch die unsäglichen Reparationsforderungen zuerst der deutschen "Preußischen Treuhand" wurden aus Polen mit dem bekannten Beschluss des Sejm und der Planung einer "Polnischen Treuhand" beantwortet. Glücklicherweise konnte der Konflikt auf der Ebene beider Regierungschefs jüngst in eine juristische Expertengruppe verlagert werden. Aber dieser plötzlich wieder aufgeflamte Konflikt wird uns noch lange große Offenheit und hohes diplomatisches Geschick abfordern, um Wunden nicht wieder aufzureißen. Hier etwa haben die Medien eine zentrale Rolle der gut recherchierten und kritischen Begleitung dieses für mich persönlich fast nicht mehr vorstellbaren Vorganges.

Gerade im östlichen Europa mit vielfachen Kulturüberlagerungen und unterschiedlichsten Wurzeln zeichnet sich die Entwicklung zu neuen regionalen Identitäten ab. Mit dem Beitritt der neuen EU-Staaten ergibt sich gerade wegen dieser Vielfalt gleichzeitig eine neue Chance auf europäischer Ebene.

Ich hoffe, dass der große Schritt zu einer "Verfassung für Europa" einschließlich der Grundrechte-Charta mit dem Recht eines jeden Europäers auf persönliche Meinungsfreiheit und dem institutionellen Schutz für Freiheit und Pluralität der Medien bald von allen Völkern Europas



getan wird: Sie wird wie ein gemeinsames Dach wirken, unter dem sich freier Journalismus und eine der Freiheit dienende Medienkultur entfalten kann. Mag sich auch das eine oder andere Land mit der Ratifizierung etwas mehr Zeit lassen: Der "Geburtsmangel der EU", Markt und nicht demokratisches Gefüge zu sein, wird auf Dauer geheilt werden.

Medienkultur bedeutet Rechte und Pflichten. Das hohe Gut des freien Journalismus hat hier zu Lande Tradition: Im Nach-Hitler-Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht - nach englischen Vorbild - die Medien neben wirksamem Schutz gegen Macht und Korruption in Grundsatzurteilen mit gewichtigen Pflichten ausgestattet. Auf dieser Rechtsprechung basiert das gesamte deutsche Medienrecht zu Artikel 5 GG. Den hohen Freiheitsrechten hat das BVerfG gleich hohe journalistische Pflichten gegenübergestellt, die in den Programmgrundsätzen der Rundfunk- und Pressegesetze ihren Niederschlag finden. Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden sie als "Rote Bibel" Vertragsbestandteil des Anstellungsvertrages für jeden Journalisten: Die wichtigsten sind: (1) das Sorgfaltsgebot der bestmöglichen Recherche mit Herkunfts- und Wahrheitsprüfung der jeweiligen Information, (2) journalistische Fairness: faires Interview einschließlich des Rechtes auf Stellungnahme des Betroffenen, 4-Augenprinzip der Abnahme jedes Beitrags durch den Chef vom Dienst vor Veröffentlichung oder Sendung. (3) Grenzen in Form von Jugendschutz, Persönlichkeitsrechten, Datenschutz, Strafrecht u.a., (4) Rechte betroffener Bürger: kostenfreie Programmbeschwerde bei Rundfunk- bzw. Presserat und normaler Rechtsweg, (5) voller persönlicher Schutz der Journalisten vor jedem unberechtigten Zugriff von außen.

Erst eine solch Medienorganisation macht kritischen und kontrollierenden Journalismus möglich. Leider sind diese Tugenden bei zunehmender Medienkonkurrenz teilweise in Vergessenheit geraten: Sensationsjournalismus, Verflachung zu Infotainment bis hin zum Erfinden von Geschichten nehmen zu. Wichtig ist, dass die Mittler- und Kontrollfunktionen der Journalisten mit ihren Pflichten in der Balance gehalten werden. Er darf sich nicht zum Anwalt der Sache selbst machen, sondern hat an der Meinungsbildung im demokratischen Gefüge so objektiv wie möglich mitzuwirken. Er ist Mittler und nicht Akteur.

Antje Karin Pieper (OV Tiergarten) ist Mitglied des Medienrates der Medienanstalt Berlin-Brandenburg

Der Gastkommentar

Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe – Die FDP ist in der Pflicht

von *Utakehr*

Am 1. August 2001 trat die Eingetragene Lebenspartnerschaft für schwule und lesbische Paare in Kraft. Dies war ein Meilenstein für die gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung Homosexueller. Gleichwohl ist die Lebenspartnerschaft bislang nur ein Rumpfgesetz: sie bringt lesbischen und schwulen Paaren zwar viele Pflichten, aber nicht die gleichen Rechte wie heterosexuellen Ehepaaren. Wichtige Ergänzungsregelungen sind bislang am Bundesrat gescheitert. Für den Lesben- und Schwulenverband (LSVD) ist es zurzeit eine der wichtigsten Aufgaben, diese Ungleichbehandlung zu beseitigen und mit anderen fortschrittlichen Ländern wie den Niederlanden, Belgien oder bald auch Spanien aufzuschließen. Wir wollen die volle Gleichstellung.

Das ist möglich, wenn der politische Wille da ist. Das viel zitierte Argument, die so genannte Homo-Ehe verstoße gegen Artikel 6 des Grundgesetzes, ist falsch. Vielmehr hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom Sommer 2002 klipp und klar festgestellt, dass die Eingetragene Lebenspartnerschaft verfassungskonform ist und dass auch eine völlige rechtliche Gleichstellung mit der Ehe nicht gegen die Verfassung verstoßen würde.

Während gleichgeschlechtliche Paare beim Unterhaltsrecht selbstverständlich zur Kasse gebeten werden, um für den Partner zu sorgen, wird ihnen die steuerliche Anerkennung vorenthalten. So werden Lebenspartner z.B. bei der Erbschaftssteuer wie Fremde behandelt, was zu großen Ungerechtigkeiten führt. In einigen Fällen mussten Hinterbliebene Haus oder Wohnung verkaufen, weil die Erbschaftssteuer ansonsten nicht zu bezahlen wäre. Sehr wichtig ist uns auch die volle rechtliche Anerkennung

gleichgeschlechtlicher Familien und ein Ende der Diskriminierung beim Adoptionsrecht. Kinder, die bei gleichgeschlechtlichen Eltern aufwachsen, dürfen nicht länger rechtlich und finanziell schlechter abgesichert sein als andere Kinder.

Die FDP ist hierzu im Bundestag initiativ geworden. Der LSVD hat die programmatische

Diskussion in der FDP mit großer Sympathie verfolgt. Den FDP-Gesetzentwurf zum

Lebenspartnerschaftsrecht vom Februar dieses Jahres haben wir ausdrücklich begrüßt – auch wenn er im Steuerrecht keine völlige Gleichstellung vorsieht und z.B. die Hinterbliebenenversorgung noch ausklammert.

Inzwischen ist auch die Regierungskoalition tätig geworden. Sie will in zwei Schritten vorgehen, hat ein erstes Gesetz mit Verbesserungen vorgelegt, die im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig sind, und hat angekündigt, als zweiten Schritt ein Ergänzungsgesetz u.a. mit Regelungen zum Steuer- und Beamtenrecht folgen zu lassen. Angesichts der bisherigen Erfahrungen mit dem Bundesrat ist diese Aufspaltung ein richtiger Schachzug.

Vorrausichtlich noch im Oktober werden die Vorlagen im Bundestag abschließend beraten. Dann geht es in den Bundesrat. Dort haben die unionsgeführten Länder bislang praktisch jede Verbesserung blockiert. Hier Abhilfe zu schaffen, ist besonders die FDP gefordert:

1. Die FDP-mitregierten Länder sollten dafür sorgen, dass alle zustimmungsfreien Verbesserungen zur Lebenspartnerschaft den Bundesrat ohne Einspruch passieren.

2. Die FDP sollte auch beim Steuer- und Beamtenrecht den Druck auf die CDU erhöhen, endlich vom kategorischen „Njet“ abzurücken.

Es wird Zeit, dass die ideologische Haltung der Unionsführung aufgebrochen wird und Bewegung in die Diskussion kommt. Die FDP kann dazu viel beitragen.

Utakehr, Diplom-Kauffrau, ist Bundesvorstandsmitglied im Lesben- und Schwulenverband (LSVD)



Zum Thema

Kein Mut zur Ordnung

von *Sascha Tamm*

Die Liberalen fordern seit langer Zeit, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenzulegen. Das ist nicht nur sinnvoll, weil es bessere Anreize zur Beschäftigungsaufnahme schafft. Es ist auch sozial gerecht. Denn der Staat ist nicht dafür zuständig, mit Steuermitteln den Lebensstandard seiner Bürger zu sichern. Dafür gibt es Versicherungen. Er ist lediglich dafür zuständig, ein Existenzminimum zu sichern, um seinen Bürgern auch in Notsituationen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Es war ungerecht, Steuerzahler, die teilweise weniger netto verdienen als einige Arbeitslosenhilfeempfänger erhielten, für deren Bezüge zahlen zu lassen.



Die Forderung nach einer Veränderung ist durch Hartz IV weitgehend erfüllt. Die Reaktion der Liberalen: Sie fordern eine Verschiebung.

Die Liberalen treten für eine Ordnungspolitik ein, die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb setzt. Wettbewerb ermöglicht Innovation und Effizienz. Wettbewerb sorgt gleichzeitig dafür, dass unwirtschaftliche Unternehmen und Geschäftsmodelle vom Markt verschwinden. Damit entsteht Raum für Neues, das macht die Überlegenheit von Marktwirtschaften aus.

Ein großes deutsches Handelsunternehmen hat Probleme. Seine Unternehmensstrategie wird schon lange kritisiert, die Zahlen wurden immer schlechter. Vielleicht verschwindet es ganz vom Markt. Die Reaktion der Liberalen: Sie fordern, dass der Bundeskanzler das Unternehmen zur „Chefsache“ macht und ein „Notprogramm“ für den Einzelhandel auflegt.

Während sich die erste Entgleisung noch als wahltaktisches Manöver erklären lässt, ist die zweite gar nicht mehr zu rechtfertigen. Liberale sollten nicht nur über „Ordnungspolitik“ reden, sondern vor allem ihr tagespolitisches Handeln an ihren Prinzipien ausrichten. Auch wenn es irgendeiner vermeintlichen Wählergruppe nicht passt.

Sascha Tamm (OV OT) ist Referent am Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung

Eine neue Bildungsstrategie für Deutschland

von *Wolf-Dieter Hasenclever*

Seit Jahren fordert die FDP die Auflösung der „Landschildkröte“ KMK. Die Diskussion jetzt endlich durch die – halbherzige – Initiative von Ministerpräsident Wulff verstärkt worden.



Bildung ist die Grundlage der Wissensgesellschaft. Unsere wirtschaftliche Entwicklung hängt davon ab, ob diese Grundlage belastbar und konkurrenzfähig ist. Die KMK hat viel zu wenig getan, um diese Situation zu verbessern. Aus einem der besten Bildungssysteme der Welt ist unter ihrer Ägide in den letzten 50 Jahren ein kaum noch mittelmäßiges geworden. Bürokratische Vorschriften der Länder schränken die Freiheit der einzelnen Schulen viel zu stark ein. Mit der ersten Pisa-Studie im Jahre 2001 wurde uns ein schockierendes Spiegelbild vorgehalten: Beim Vergleich der Leistungsfähigkeit von 31 Nationen landete Deutschland auf dem 21. Platz. Schlimm ist vor allem, dass die viel beschworene Chancengleichheit im deutschen Schulsystem so gut wie nicht existiert.

Das zersplitterte deutsche Bildungssystem mit 16 unterschiedlichen Schulgesetzen, Schulabschlüssen und Lehrerausbildungen schränkt in einer internationalen und auf Wettbewerb ausgerichteten europäischen Bildungslandschaft die Mobilität deutscher Familien und Lehrer massiv ein. Umziehen zerstört oft Lebenschancen. Dies ist nicht länger hinzunehmen. Wir brauchen eine nationale Koordinierung der Bildungspolitik ohne föderales Hickhack. Es geht nicht nur um Schulen, sondern um die ganze Bildung von der frühen Kindheit bis ins späte Erwachsenenalter. Wir müssen den Sprung in eine lebendige Wissensgesellschaft schaffen.

Zu diesem Zweck hat FDP-Generalsekretärin Cornelia Pieper die Einrichtung eines nationalen Bildungsrats aus unabhängigen Experten und Politikern von Bund und Ländern mit Entscheidungskraft vorgeschlagen. Unter seiner Verantwortung sollen u.a. verbindliche Qualitätsstandards entstehen, deren Evaluation durch politikunabhängige wissenschaftliche Einrichtungen geleistet wird. So kann es zu dem dringend nötigen Qualitätssprung in der Bildung kommen.

Wolf-Dieter Hasenclever (OV OT) ist Referent für Bildungspolitik in der FDP-Bundestagsfraktion

Aus dem Abgeordnetenhaus

Still ruht das Haus – die parlamentarische Herbstpause

von *Christoph Meyer*

So bieten besinnliche Herbsttage Gelegenheit, von der internen Arbeit jenseits von Tagesgeschäft und Personalien zu berichten.



Nachdem fast drei Fünftel der Legislatur vergangenen sind, wurde es Zeit, die geleistete Arbeit zu resümieren und die Fraktionsarbeit nicht zuletzt auch mit Blick auf das Wahljahr 2006 neu zu justieren.

Die Fraktion hat sich daher im August auf einer Klausur mit einer von ihr in Auftrag gegebenen Allensbach-Umfrage beschäftigt. Demnach liegt das Potential der FDP in der Stadt bei 20% der Wähler, Hauptkonkurrent um diese Stimmen ist dabei die CDU. Als für uns wichtigste Politikfelder werden die Bereiche Wirtschaft/Arbeit, Haushaltslage und Bildung genannt. Zur Schärfung unseres Profils in gerade diesen Bereichen hat die Fraktion nach kontroverser Debatte die Einsetzung von drei Projektgruppen, PG I (Wirtschafts- und Haushaltspolitik), PG II (Inneres und Verwaltungsreform) und PG III (Hochschul- und Bildungspolitik), beschlossen. Die Projektgruppen sollen künftig Beschlussvorlagen vorbereiten und hieraus zu entwickelnde Aktionen und Kampagnen konzipieren. Dabei sollen sie „on-top“ arbeiten, d.h. auch weiterhin wird selbstverständlich das gesamte politische Themenspektrum Gegenstand unserer Aufmerksamkeit sein.

Ende Oktober wird die Fraktion zu einer weiteren, zweitägigen Klausurtagung zusammenkommen, um die politischen Leitlinien bis zur Abgeordnetenhauswahl zu besprechen. Dazu sollen Zusammenfassungen der bisherigen Fraktionsarbeit und das weitere Vorgehen in den Bereichen Verwaltungsreform, Staatsaufgabenkritik, Stellenabbau und Landesbeteiligungen beraten werden. Ferner ist beabsichtigt, von einzelnen Fachpolitikern erarbeitete Strategiepapiere zu verabschieden.

Christoph Meyer MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf) ist Mitglied im Hauptausschuss des AH und Sprecher der FDP-Fraktion für Haushalt und Justiz

Aus der Landespartei

Blick nach vorne

von *Tim Stuchtey*



Erneut war der Landesvorstand gezwungen, sich mit dem Finanzgebaren im BV Spandau zu beschäftigen. Bis heute ist der dortige Bezirksvorstand nicht bereit, dem Landesvorstand die für die Erstellung eines ordnungsgemäßen Rechenschaftsberichts notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Dieser hat daher seinen Beschluss bekräftigt, auch weiterhin alles notwendige zu unternehmen, um Klarheit über einzelne finanzielle Zusammenhänge zu erlangen.

Ebenso unerfreulich waren Berichte und Diskussion über den Austritt von Martin Matz aus der FDP-Fraktion und der Partei sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Fraktion. Diese verliert in vielen Ausschüssen ein Mitglied und war daher zu einigen Umbesetzungen gezwungen. Im Landesvorstand herrscht wie in Mitte große Verärgerung und Enttäuschung über die Art und Weise, wie unser ehemaliger Abgeordneter seinen Austritt zelebriert hat.

Ferner hat der Landesvorstand die vergangenen Wahlen - besonders die in Brandenburg – analysiert und den Auftrag des Landesausschusses umgesetzt, die Europawahl einer genaueren Analyse zu unterziehen. Erik Schmidt hat hier mit der Hilfe von Peter Schanz tolle Arbeit vollbracht und für alle Bezirke detaillierte Auswertungen vorgenommen. Diese sind für alle Parteimitglieder im internen Bereich der Internetseiten des Landesverbandes einsehbar und sollte von den Bezirksvorständen rechtzeitig zu den nächsten Wahlen ausgewertet werden.

Im Mittelpunkt des Landesparteitags am 27.11. im Palace Hotel wird die Verabschiedung der "Berliner Freiheit" stehen. Zur Vorbereitung hat der Landesvorstands Diskussionsveranstaltungen zu den einzelnen Kapiteln geplant, wobei an dieser Stelle auf die Veranstaltung zur Wissenschaftspolitik am 01.11. im AH hingewiesen sein soll. Außerdem werden die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf gemeinsam eine Veranstaltung zu dem gesamten Papier am 27.10. im Rathaus Wilmersdorf anbieten. Auf dem Landesparteitag soll und wird niemand behaupten können, man habe nicht genug Gelegenheit zur Diskussion erhalten.

Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Beisitzer im Landesvorstand der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Hartz IV – Umsetzung: Die nächste Etappe

Henner Schmidt für die BVV-Fraktion

In der letzten BVV haben wir einen Antrag eingebracht, die Möglichkeiten des Bezirks gegenüber der Agentur für Arbeit bei der Gestaltung der Jobcenter (Arbeitsgemeinschaft zwischen Bezirk und Agentur für Arbeit) auszuschöpfen. Die BVV hat dann beschlossen, dass der Bezirk den Geschäftsführer des künftigen Jobcenters stellen soll. Außerdem wurde beschlossen, dass die Vertreter des Bezirks in der Trägerversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegenüber den Gremien der BVV berichtspflichtig sind und dass im Beirat des Jobcenters auch die BVV vertreten ist. So hoffen wir sicherzustellen, dass der kommunale Einfluss gewahrt bleibt. Wir halten den Bezirk nämlich für geeigneter und kompetenter als die Bundesagentur für Arbeit, die Details der Abläufe zu gestalten.

HARTZ IV- GRÜNE ABM-MAßNAHMEN

Die Grünen hatten zur Umsetzung von Hartz IV einen Antrag eingebracht, der Dutzende von Tätigkeiten auflistete, die als bezirkliche Jobs in Frage kämen und die dann als 1-Euro-Jobs oder durch andere staatliche Transfers bezahlt werden könnten. Wir haben in der Debatte sehr deutlich gemacht, dass es nicht darum gehen kann, Tausende von Menschen in weitere künstlich geschaffene ABM-Maßnahmen zu verschieben, sondern dass es darum gehen muss, echte Arbeitsplätze zu fördern, die reale Werte schaffen. Wir haben nicht versäumt, darauf hinzuweisen, dass gerade die Grünen die Schaffung von Arbeitsplätzen in Mitte in mehreren Fällen bereits aktiv verhindert haben (Stopp des Projektes Postfuhramt, Drohung der Schließung von Imbissbuden etc.).

CLUBSCHLIEßUNGEN IN MITTE

Die Clubs in Mitte sehen sich einer Welle von Schließungen durch das Bezirksamt ausgesetzt. Da sie sich rechtlich in einer Grauzone zwischen Ausschank und Tanzveranstaltung bewegen, legt das Bezirksamt nun die Vorschriften restriktiver aus. Die Clubs sind jedoch ein wesentlicher Teil der Attraktivität von Mitte, ihre Abwanderung würde Mitte schädigen. Aber auch in diesem Falle hat sich das Bezirksamt wieder für Schikanie von Aktivitäten statt für Unterstützung entschieden. Bei einem Gespräch der Clubs mit den BVV-Fraktionen konnte deshalb Piotr Paw-

lowski durch seine klare Haltung für die Erhaltung der Clubs punkten.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Telefon 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

Bezirksausschuss am 21.09.

Kurt M. Lehner für den Bezirksausschuss

Antragsberatung sowie die Aussprache über das verspätete Erscheinen von LC September und den Abgang von Martin Matz standen im Mittelpunkt des Bezirksausschusses am 21. September. Der BA beschloss u.a., von der BVG die Einrichtung einer Metrobuslinie zu fordern, die Turmstraße, Justizpalast Moabit, Lehrter Bahnhof, Kanzleramt, Reichstag, Unter den Linden/Friedrichstraße und Alexanderplatz umsteigefrei verbindet und wenigstens im Zehnminutentakt in den Hauptverkehrszeiten betrieben wird. Außerdem sprach sich der BA für die Einführung offener Listen bei den BVV- und Abgeordnetenhauswahlen in Berlin aus: Das Panaschieren und Kumulieren soll dann möglich sein; d.h. der Wähler kann seine Stimmen auf verschiedene Kandidaten von verschiedenen Parteien verteilen und auch mehrere Stimmen einem einzelnen Kandidaten geben. Was in Süddeutschland bei Kommunalwahlen längst üblich ist, soll auch in Berlin zu gezielterer Einflussnahme des Bürgers auf die Verteilung der Mandate führen. Schließlich forderte der BA auch, auf die geplante Verlagerung der Gemäldegalerie auf die Museumsinsel zu verzichten und den Standort Kulturforum nicht weiter zu schwächen.

In der Aussprache zu den anderen Punkten wurde das sommerliche Kommunikationschaos in Sachen LC bemängelt. Der Vorsitzende kündigte Konsequenzen an, ohne sie näher zu benennen. Allgemein wurde der peinliche Abgang von Matz kritisiert. Wer nach der Wahl unter dem Slogan „Rexrodt statt rot-rot“ plötzlich ins rot-rote Regierungslager wechselt, der muss sich schon fragen, wie glaubwürdig er ist. Das ist besonders peinlich bei einem MdA, dem der BV Mitte trotz warnender Stimmen eine zweite Chance gegeben hat, nachdem Matz schon seit seinem Abgang als Landesvorsitzender bei vielen Parteifreunden den Ruf hatte, beratungsresistent, unzugänglich und arrogant bis zur Überheblichkeit zu sein. Matz scheiterte nicht an Sachfragen, wir er vergeblich glauben zu machen suchte,

sondern daran, dass er nicht verwinden konnte, in der Fraktion gar keine Führungsrolle spielen zu können. Angesichts des Entgegenkommens des BV Mitte bei der Aufstellung von Matz hätte es der politische Anstand geboten, das Mandat nun dem BV zurückzugeben – aber das kann sich Matz offenbar nicht leisten. Matz macht Mätzchen – nun bei der SPD. Deren Freude an Matz wird bald vergehen.

Berliner Freiheit

Ingo Kamps vom OV Friedrichstadt

Am 14.09.2004 fand erneut eine interessante und gut besuchte OV-Sitzung in Friedrichstadt statt. Von den Anwesenden wurden verschiedene Möglichkeiten erörtert, wie man die programmatische Aufstellung der Partei im Hinblick auf das Berliner Freiheit-Programm unterstützen kann. In der lebhaften Diskussion wurde eine breite Themenpalette vorgeschlagen – die genaue Festlegung auf eines der Themen steht für die nächste Sitzung an. Insgesamt verlebten wir einen richtungweisenden und spannenden Abend im Löwenbräu, was auch von den anwesenden Interessenten bestätigt wurde.

Berlin - kulturelles Pflaster mit Besonderheiten

Franziska Löke zum OV OT

Kultur in Zeiten knapper Kassen - zahlreiche Diskussionen und polemische Stimmen sind um dieses Schlagwort seit einiger Zeit insbesondere in der Hauptstadt zu hören, jedoch meist wenig fundiert. Ein Grund mehr, sich einmal mit den Fragen der Kulturfinanzierung näher auseinanderzusetzen. Hierzu hatte Maren Jasper zwei charmante Referentinnen ins stimmungsvolle Restaurant „Honigmond“ in Mitte geladen: Karin Heyl ist Geschäftsführerin des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im BDI und Dr. Petra Weckel arbeitet in der Geschäftsleitung des Deutschen Theaters und ist Mitglied des Ortsverbandes Oranienburger Tor.

Rund 20 Anwesende wurden von Karin Heyl über die Tätigkeit des seit 1951 bestehenden Kulturkreises der deutschen Wirtschaft und damit der traditionsreichsten Einrichtung seiner Art in Deutschland informiert. Der Kulturkreis versteht sich als Kraft der Wirtschaft für die Kultur in der Politik und eine seiner zahlreichen Aktivitäten ist die Unterstützung von Nachwuchskünstlern. So wurden zum Beispiel Heinrich Böll und Günter Grass in jungen Jahren vom Kulturkreis gefördert. Des Weiteren wurden

Begrifflichkeiten wie Sponsoring, Mäzenatentum und Corporate Citizenship näher beleuchtet. Interessant waren auch von Petra Heyl dargestellte Parallelen zwischen Künstlern und Unternehmern. Diese träten insbesondere im Rahmen des Programms „Kulturelle Kompetenz für künftige Führungskräfte“ des Kulturkreises in Kooperation mit der Universität Mannheim hervor. Einen großen Diskussionspunkt bildete die Problematik der Beweggründe und Anreize zu Kulturfinanzierung seitens Privater. Über die konkreten Hürden bei der Suche von Sponsoren, die Rolle von Förderkreisen und die Besonderheiten in der Geschäftsleitung eines Theaters in Abgrenzung zu bildender Kunst und Musik wusste Dr. Petra Weckel anschaulich und aus eigener Erfahrung zu berichten. Auch über das Verhältnis von privater Kulturförderung zu staatlicher Subvention wurde angeregt diskutiert: Hier machte Sibylle Meister, Mitglied in Haushalts- sowie Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses und kulturpolitische Sprecherin der Fraktion, deutlich, wie genau der Staat bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln an Kulturschaffende hinschaut, während anderen Ressorts fast routinemäßig beträchtliche Gelder zugesprochen würden. Dass Berlin als kulturelles Pflaster mit einigen Besonderheiten aus verschiedensten Gründen (Hauptstadt, Historie) versehen ist, blieb ebenso kein Geheimnis. Offen blieb die Frage, wie sich Kulturinstitutionen besser dem Wettbewerb um private Gelder stellen können.

Blau-Gelber Herbst

Christoph Santl für die JuLis Mitte

Die JuLis Mitte befinden sich auf Wachstumskurs. Zwar wurden wir im Mitgliederwettbewerb vom ersten Platz in der Kategorie weibliche Neumitglieder verdrängt, doch es gibt weiterhin einen kontinuierlichen Neuzulauf. Wir sind der zweitgrößte Bezirksverband und dem Ersten dicht auf den Fersen. Am 09. Oktober werden wir in Mitte unser erstes JuLis-Mitte-Oktoberfest feiern und damit den aktionsreichen Herbst einläuten. Zur Zeit arbeiten wir an unseren bezirkseigenen Give-Aways, die beispielsweise auf kommenden Schulaktionen zum Einsatz kommen werden. Am 30. Oktober wird es ein Fußballturnier gegen die Jusos, die Junge Union sowie die Grüne Jugend geben, organisiert von den JuLis Mitte. Dafür trainieren wir jetzt jeden Sonntag. Auf dem nächsten Mitgliedertreffen (Immer am 1. Mittwoch des Monats im Café Silberstein) wird es u.a. um „schrumpfende Städte“ gehen. Auf Wunsch werden wir auch die gleichnamige Ausstellung in Mitte besuchen.

Personalien

(au) Vor fast vollem Haus hielt der frischgebackene MdB **Hellmut Königshaus** (Foto, Steglitz-Zehlendorf) seine „Jungfernrede“: Da die gesamte FDP-Fraktion hören wollte, wie der neue Kollege mit dem Thema „Haushaltsbegleitgesetz 2005“ und dessen Auswirkungen auf die Landwirtschaft fertig wird, schien zu fortgeschrittener Stunde am Freitagnachmittag plötzlich die Mehrheit der Koalition in Gefahr, und mit dem Aufruf des Neuen erschien hastig SPD-Fraktionschef Müntefering mit großen Pulk eilig herbeigerufener Kollegen im Plenum. Königshaus machte seine Sache übrigens gut, er wurde von den vorher skeptischen Agrarpolitikern der Fraktion beglückwünscht und ehrenhalber zum „agrardieselpolitischen Sprecher“ ernannt.



(au) Sachkompetenz und Engagement sind in der BVV Mitte eng mit der Zugehörigkeit zum organisierten Liberalismus verbunden. So etwa im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bebauungsplanung, wo allein unser Bezirksschatzmeister **Corvin Tolle** (Foto, OT), Geschäftsführer bei einem großen Immobilienunternehmen, die Arbeit mit umfänglicher Sachkompetenz zu bereichern vermag. Ähnliches im Bereich der Bildung, wo die BVV ihren nunmehr gegebenen Überblick über Lehrermangel und Schulzustand unermüdlichen Anfragen unseres Bürgerdeputierten und frisch pensionierten Pädagogen **Peter Lundkowski** (Wedding) verdankt. Besonders plakativ der Ausschuss für Schule und Sport: Als die Ausschuss-Vorsitzende **Violetta Hartmann**, Ortsvorsitzende von Wilhelmstadt, in den verdienten Sommerurlaub ging, da ließ ihre sozialdemokratische Stellvertretung die Sitzungen kurzerhand ausfallen.



(au) Für die Registrierung von hier lebenden US-Bürgern zur Präsidentenwahl am 02.11. engagiert sich Deutsch-Amerikaner **Donald Tuckwiller** (Tiergarten) in „Berlin Kerry in 2004 Meetup“, einer von zahlreichen Gruppen und Organisationen, die gemeinsam für einen Kurswechsel in Washington arbeiten. Tuckwiller: „George W. Bush, der durch seine Bigotterie und Unilateralismus auf internationaler Bühne jede Koalition zerstörte, hat jetzt eine einzigartige Koalition von Menschen geschaffen, vereint gegen seine Wiederwahl als Präsident der USA.“

(au) Kaum zu glauben: Der LV Baden-Württemberg, welcher lange Zeit nur durch Desinteresse und Blockade im Bereich der Programmatik, kleinkarierte und illiberale Klientelpolitik sowie dröges Personal aufgefallen war, vermag mittlerweile zwei personelle Glanzlichter der liberalen Sache vorzuweisen: **Dirk Niebel** MdB zeigt die Überlegenheit liberaler Konzepte im Bereich der Arbeitsmarktpolitik in bewundernswerter Klarheit auf, und **Silvana Koch-Mehrin** MdEP überzeugt weiter durch erfrischend unbeirrbar Liberalismus, zuletzt mit der Forderung, statt peinlich leerer Abgrenzungsrituale offen und offensiv die politische Auseinandersetzung mit Rechtsradikalen zu suchen.

(au) Dankenswert deutlich: Der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag **Andreas Pinkwart** (NRW) wirft Finanzminister Hans Eichel eine Politik des „organisierten Verfassungsbruchs“ vor. Zuletzt billigte das rot-grüne Kabinett den Nachtragshaushalt 2004 mit Rekordneuerschuldung von 43,7 Mrd. Euro. Pinkwart kritisiert, dass mit dem neuen „Dokument des Scheiterns und der Ohnmacht“ der dritte Bundesetat in Folge verfassungswidrig sei.

(au) „Geschlossene Veranstaltung“ auf der Museumsinsel und im Palast der Republik – ehemalige und aktuelle Mitarbeiter der Edel-Unternehmensberatung McKinsey trafen sich zur großen Sommersause, darunter auch unser BVV-Fraktionsvorsitzender **Henner Schmidt** (Friedrichstadt). Als vor den Toren zornbebende Demonstranten in einem Aufwasch die Berater und Hartz IV aufs Korn nahmen, da erwachte in Schmidt der Politiker und er überstieg die Absperrungen, um mit jenen zu diskutieren. Immerhin: „Nicht böse, sondern nur blöd, weil er nicht merkt, dass er ein Instrument des Neoliberalismus ist,“ lautete schließlich deren Urteil.

(cp) Zwischen Medienmacht und Mäzenatentum hatte die Hauptstadtgesellschaft am Abend des 21. September die Wahl. Das Nachrichtenmagazin Focus lud in den Palast der Republik, Friedrich Christian Flick in den Hamburger Bahnhof zur Eröffnung seiner ‚Collection‘. Erfreulich viele Liberale traf man nach der Eröffnungsrede von Bundeskanzler **Gerhard Schröder** beim Flanieren zwischen den Ikonen zeitgenössischer Kunst von Naumann bis Kippenberger: Altbundespräsident **Walter Scheel** (Friedrichstadt), Bundesminister a.D. **Gerhart Baum**, die kulturpolitische Sprecherin der FDP im Abgeordnetenhaus **Sibylle Meister** (Reinickendorf) wie aus Mitte MABB-Medienrätin **Antje Karin Pieper** (Tiergarten), den Ortsvorsitzenden von OT **Christian Platzer** und viele mehr.

Leserbriefe

Frank Muschalle (BV C'burg-W'dorf)

Die Deutung der jüngsten Landtagswahlergebnisse durch die Spitzenfunktionäre aller demokratischen Parteien, gerade auch der unsrigen, hat mich ein wenig befremdet.

Zwar kann unser Bundesvorsitzender auf eine Reihe von Wahlen verweisen, bei denen die FDP stets im relativen Ergebnis gegenüber der vorangegangenen Wahl zugelegt hat. Ich vermisse jedoch eine Reflexion über die ebenso stetig sinkende Wahlbeteiligung. Das knappste Gut, über das Politiker bzw. Mandatsträger heute verfügen können, ist Vertrauen. Vertrauen wiederum halte ich für das Ergebnis von Berechenbarkeit, Aufrichtigkeit, Kompetenz und Integrität.

Die Hälfte der FDP Wähler sind Angestellte, war kürzlich in einer Studie zu lesen. Ich selbst gehöre dazu. Für mich gibt es keine natürliche Grenze zwischen (Wissens-)Kapital und (Wissens-)Arbeit. Deshalb halte ich die Interessen von mittelständischen Unternehmern und deren Angestellten für zwar nicht deckungsgleich aber doch nicht im Klassenkampf befindlich. Beiden gemein ist ferner, dass sie sich permanent der ungeheuren Veränderungskräfte, Chancen und Risiken durch Globalisierung und Rationalisierungen durch die Internettechnologie ausgesetzt sehen. Branchen wie Arzneihandel, Medien, Reisebranche und Einzelhandel werden derzeit völlig umgekrempelt. Da wünscht man sich an der Parteispitze doch Akteure, die wissen wovon

sie reden, wenn von Wirtschaft und Industriemodernisierung gesprochen wird. Die wissen, auf wessen Seite sie stehen, wenn ehemalige Staatsmonopolisten sich auf Kosten von Mittelständlern schadlos halten wollen. Die erkennen einen konsequent liberalen Pfad verfolgen.

Ich kann deshalb meinen Unmut gegenüber Rainer Brüderle kaum noch verbergen. Dessen "konsequent liberale" Haltung kann ich nicht mehr erkennen, wenn der Volkswirt, dessen Werdegang von Erfahrungen in der Wirtschaft ungetrübt blieb, nach Belieben mal pauschal nach dem Staat ("Chefsache Karstadt und Einzelhandel"), mal nach Protektion für Handwerker ruft und nach Weinbau-Subventionen sowie. Cornelia Pieper wiederum ließ im Sommer 2003 bei der Diskussion um die Zulassung des Arzneihandels durch Internethändler wissen, dass der Wettbewerb hier für den Patienten unterm Strich negativ sei, weil der resultierende Marktführer dann "die Preise steigen lasse."

Das alles nenne ich fahrlässigen Umgang mit dem knappsten Kapital, das gerade auch wir als Liberale haben: Aufrichtigkeit und die daraus resultierende Vertrauenswürdigkeit.

Wir freuen uns über Post.
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
augustin@liberal-central.de
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen.

Liberales Unternehmen in Mitte: Anno Blissenbach (OV Wilhelmstadt)



Anno Blissenbach gründete nach Abschluss des Musikhochschulstudiums sowie künstlerischer Tätigkeit als Pianist und Klavierlehrer die Firma A.B. Musikhandel. Sie ist im Bereich Import, Vertrieb, Groß- und Einzelhandel mit Klavieren, Flügeln und Musikinstrumenten tätig. Ehrenamtliches Engagement war dem nach praktischen Studien traditioneller japanischer Kultur zum Zen-Buddhismus konvertierten stets eine Selbstverständlichkeit. So beriet er z.B. als langjähriges Mitglied des Landes-Musikschulbeirats insgesamt drei Berliner Senatoren, ist Vorstandsmitglied im Gesamtverband Deutscher Musikfachgeschäfte, engagiert sich auf Landes- u. Bundesebene im Deutschen Tonkünstlerverband (derzeit Vizepräsident DTKV-Brandenburg) sowie in weiteren Organisationen. Als freier Journalist wurde er u.a. zum Chefredakteur einer Seite der NEUEN MUSIKZEITUNG (nmz) berufen. Freiheit und Verantwortung empfindet der Liberale als zwei Seiten der gleichen Medaille. In der FDP ist der Kultur- u. Bildungspolitiker Blissenbach u.a. Stv. Vorsitzender der Landesfachausschüsse Kultur u. Medien sowie Schule, Volksbildung u. Sport. Seit deren Gründung 2001 gehört er als liberaler Unternehmer der Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand an.

Termine

Oktober 2004

- 09./10.10. OV Tiergarten: **Klausurtagung** in Görlitz, Information und Anmeldung unter pawlowski@fdp-tiergarten.de
- 12.10 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 12.10 20.00h OV Friedrichstadt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 19.10 20.00h OV OT: **Mitgliederversammlung** – Gast: Martin Lindner, Thema: Haushaltspolitische Konzepte der FDP-Fraktion im AH – im cum laude (Universitätsstrasse 4)
- 21.10 17.30h **BVV-Plenum** im Neuen Stadthaus, Otto-Suhr-Saal (Parochialstrasse 3)
- 27.10 19.00h BVe Charlottenburg-Wilmersdorf u. Steglitz-Zehlendorf: **Diskussion** zur „Berliner Freiheit“ im Rathaus Wilmersdorf, BVV-Saal
- 27.10 19.30h BV Mitte: **Liberaler Stammtisch Mitte** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 27.10 20.00h BV Mitte: **Umweltpolitische Gesprächsreihe** – Thema: Alles in eine Tonne? Alternative Wege der Abfallpolitik, Gäste: Birgit Homburger MdB, Michael Heyde – im cum laude (Universitätsstrasse 4)
- 31.10 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** im Wahlhalla (Krefelder Strasse 6)

November 2004

- 01.11 19.00h LV Berlin: **Veranstaltung** zur Wissenschaftspolitik im Rahmen der Diskussion zur „Berliner Freiheit“ – mit Prof. Markus Heintzen und Stud. Jens Bemme – im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str. 5), Festsaal, Infos unter www.fdp-berlin.de
- 02.11 19.30h OV Wedding: **Mitgliederversammlung** – Thema: „Berliner Freiheit“ – Info unter sebnow@web.de
- 03.11 19.30h Julis Mitte: **Mitgliedertreffen** in Café Silberstein (Oranienburger Str. 27)
- 09.11 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 09.11 20.00h OV Friedrichstadt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 23.11 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss**, Info www.fdp-berlin.de
- 24.11 19.30h BV Mitte: **Liberaler Stammtisch Mitte** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 27.11 LV Berlin: **Landesparteitag** – Thema: „Berliner Freiheit“ – Info www.fdp-berlin.de
- 28.11 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** im Wahlhalla (Krefelder Strasse 6)
- 30.11 20.00h OV OT: **Mitgliederversammlung** – Gast: Markus Löning – Info www.fdp-ot.de

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de**

Erläuterung: Termine von Vorstandssitzungen werden in diesem Kalender nur vom OV Tiergarten veröffentlicht, da nur dieser Ortsverband seine Vorstandssitzungen Mitglieder-öffentlich abhält.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt. Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.